

Die „ökonomische Bombe“ des IWF wird auch über der Ukraine gezündet. Auf dem hier abgebildeten Wandgemälde in Buenos Aires heißt es außerdem: „Die Schulden sind für das Volk“.



FOTO: COMITÉ POUR L'ABOLITION DES DETTES ILLÉGITIMES

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM KRIEG

Geier über der Ukraine

Justin Turpel

Die russische Invasion in der Ukraine hat große Teile der dortigen Wirtschaft zum Erliegen gebracht. Der Staat kann seine Aufgaben nur finanzieren, indem er Schulden am internationalen Kapitalmarkt macht. Die Gläubiger zwingen dem Land einen neoliberalen Umbau auf. Nun fordert eine internationale Solidaritätskampagne die Streichung der ukrainischen Auslandsschulden.

Der Krieg hat die Ukraine in eine tiefe Rezession gestürzt. Innerhalb eines Jahres sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des von Russland überfallenen Landes um 30 Prozent. Ein großer Teil der Wirtschaft ist komplett zum Stillstand gekommen; eine Inflation von bis zu 26,6 Prozent Ende 2022 hat die Realeinkommen drastisch gesenkt. Nur 60 Prozent der Ukrainer*innen konnten ihre Arbeitsplätze behalten. Viele Menschen verloren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihr Zuhause und ihre Angehörigen. Die Zahl der zivilen Opfer geht in die Zehntausende, die der militärischen Opfer dürfte noch höher sein. 8,2 Millionen Menschen sind außer, fünf Millionen innerhalb des Landes geflüchtet. Die Auslandsschulden der Ukraine beliefen sich Anfang 2023 auf 132 Milliarden US-Dollar, über 80 Prozent des BIP.

Im März 2023 haben die Gläubigerländer in einer gemeinsamen Vereinbarung mit der Ukraine beschlossen, ein im vergangenen Jahr beschlossenes Zahlungsmoratorium bis 2027 zu verlängern. Dies sei für das verschuldete Land jedoch weni-

ger vorteilhaft als es klingt, so Eric Toussaint, internationaler Sprecher des „Comité pour l'abolition des dettes illégitimes“ (CADTM): „Dies gilt nicht für alle Gläubiger, insbesondere nicht für den Internationalen Währungsfonds IWF und die privaten Gläubiger; außerdem werden während der teilweisen Aussetzung der Zahlungen die Zinszahlungen weiter berechnet und zum Darlehenskapital, das gemäß den unterzeichneten Vereinbarungen vollständig zurückgezahlt werden muss, hinzugerechnet.“

Der größte Teil der finanziellen Hilfe an die Ukraine erfolgt in Form von Krediten; die Hilfe wird also zu einer neuen Verschuldung. So ist auch die „außergewöhnliche“ Hilfe von bis zu 55 Milliarden Euro, die die EU im November 2022 angekündigt hat, vollständig und mit Zinsen zurückzuzahlen; dabei gelten die Auflagen des IWF. Die ukrainischen Behörden begrüßen dies, aber es ist – wie Eric Toussaint sich ausdrückt – ein „vergiftetes Geschenk für das Volk, denn nach den derzeitigen Ankündigungen wird die Rückzahlung des Kapitals erst in etwa zehn Jahren beginnen. So wird die Regierung ermutigt, sich zu verschulden, weil sie einerseits einen hohen Bedarf hat und andererseits während ihrer Amtszeit nicht mit der Rückzahlung beginnen muss. Die Hauptlast der Schuldenrückzahlung wird auf andere Regierungen und unweigerlich auf das Volk zurückfallen“, so Toussaint, der auch die Kommission für die Wahrheit über die griechischen Staatsschulden koordinierte.

Die USA haben sich für Zuschüsse statt Kredite entschieden, wie beim Marshallplan für den Wiederaufbau der Wirtschaft ihrer westeuropäischen Verbündeten Ende der 1940er-Jahre. Sie haben sich verpflichtet, über 73 Milliarden zur Verfügung zu stellen. Diese Spenden, die ebenfalls an die Auflagen des IWF gebunden sind, werden zum Teil für den Kauf von Waren und Dienstleistungen ausgegeben, die von Unternehmen in den USA produziert und verkauft worden sind.

Seit 2000 hat der IWF die jeweiligen ukrainischen Regierungen dazu verpflichtet, eine „Schockstrategie“ umzusetzen.

Der IWF macht die Gewährung von Krediten von der Umsetzung harter neoliberaler Auflagen abhängig. Seit 2000 hat die Institution die jeweiligen Regierungen der Ukraine in insgesamt 18 Kreditvereinbarungen (Memoranden) dazu verpflichtet, eine „Schockstrategie“ umzusetzen: Liberalisierung und Förderung des Außenhandels, Freigabe der Preise, Abbau von Verbrauchersubventionen für die Ärmsten, Verschlechterung des Zugangs zu zahlreichen grundlegenden Dienstleistungen, Beschleunigung des Privatisierungsprozesses von Staatsbetrieben, Abbau des Arbeitsrechts. Die Auswirkungen der vom IWF emp-

fohlenen Politik führten zu einer extrem schweren Verarmung der Bevölkerung, sodass die Ukraine bereits im Jahr 2015 bei den Reallöhnen am unteren Ende der Skala aller europäischen Länder lag.

Um den Auflagen des IWF und der Gläubiger Folge zu leisten, nahm die ukrainische Regierung im Sommer 2022 Änderungen am Arbeitsgesetz vor, durch die 70 Prozent der Beschäftigten den Schutz des nationalen Arbeitsrechts sowie das Recht auf Tarifverhandlungen verloren haben; „Null-Stunden-Verträge“ nach britischem Muster, bei denen die abhängig Beschäftigten nicht wissen, wie viele Arbeitsstunden und damit auch Lohn sie von einer Woche zur nächsten erhalten werden, wurden legalisiert.

Zu den wichtigsten natürlichen Ressourcen der Ukraine gehört mit rund 32 Milliarden Hektar die fruchtbare Schwarzerde (Tschernosem); dies entspricht einem Drittel der Ackerfläche der gesamten EU. Die „Kornkammer Europas“ produziert jährlich 64 Millionen Tonnen Getreide und Saatgut und gehört zu den weltweit größten Erzeugern von Gerste, Weizen und Sonnenblumenöl; sie dient sieben Millionen Bauern mit je zwei bis vier Hektar Land Eigenbesitz als Lebensgrundlage. 2001 wurde ein Moratorium für den Verkauf von Agrarland an Ausländer verhängt, um die ungezügelte Privatisierung zu begrenzen. Nachdem US-Außenministerium, IWF und Weltbank wiederholt ein Ende dieses Moratoriums forderten, wurde es von der Regierung Selenskyj im Juni 2020 aufgehoben, noch vor einem

RUSSLAND

Prigoschins letztes Gefecht

Katja Woronina

Nachdem Söldnerführer Jewgenij Prigoschin in Rostow am Don erfolgreich den Aufstand gegen die russische Militärführung geprobt hatte, blies er seinen Vormarsch auf Moskau überraschend wieder ab. Alle Welt rätselt, was ihn dazu bewogen haben mag und wie es nun weitergeht.

„Wir retten Russland“ – mit dieser hochtrabenden Kampfansage begründete Jewgenij Prigoschin, warum er nicht mehr gewillt sei, sich den Anordnungen der russischen Militärführung unterzuordnen. Auf einem am Samstagmorgen in Rostow am Don im Süden Russlands aufgenommenen Video ist zu sehen, wie der Gründer der Söldnergruppe Wagner zwischen dem stellvertretenden Verteidigungsminister Junus-Bek Jewkurow und dem stellvertretenden Leiter des Generalstabs Wladimir Aleksejew sitzt und in knappen Worten sein weiteres Vorgehen erklärt: Er verlange nach Sergej Schojgu und Walerij Gerassimow, dem Verteidigungsminister und dem Generalstabschef, bis dahin würden seine Leute Rostow blockieren und sich auf den Weg nach Moskau machen. Bei etwaigen Angriffen der Luftwaffe würden seine Einheiten das Feuer eröffnen.

So kam dann auch: Von 25.000 angekündigten Wagner-Söldnern führen 8.000, so die Tageszeitung „The Daily Telegraph“ mit Verweis auf britische Geheimdienste, in Panzerfahrzeugen in höchstmöglicher Geschwindigkeit die Strecke Richtung Norden, ohne auf Gegenwehr zu treffen. Nur aus der Luft wagte die russische Armee einen Vorstoß und verlor dadurch sechs Kampfhubschrauber und ein Flugzeug samt mindestens einem Dutzend Besatzungsmitgliedern. Am Abend war der Spuk wieder vorbei. 200 Kilometer vor Moskau veranlasste Prigoschin die Rückkehr seiner Einheiten in ihre Ausgangsstellungen. Der „Marsch der Gerechtigkeit“ sei beendet, um die Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung abzuwenden.

Was passiert wäre, hätten die Wagner-Truppen tatsächlich Einzug in die Hauptstadt gehalten, dürfte im Wesentlichen davon abgehangen haben, was Prigoschin dazu bewogen hatte, sich einen derart gewagten Vorstoß zu erlauben – und mit welcher Art der Unterstützung und von welcher Seite er gerechnet hatte. Dass sich in Moskau

Bilder wiederholt hätten, wie sie in Rostow zu sehen waren, ist prinzipiell vorstellbar. Dort hatten Einwohner einen Panzer mit Blumen geschmückt, der in einer Torausfahrt des lokalen Staatszirkus steckengeblieben war, und Wagner-Leuten applaudiert. Direkt um die Ecke befindet sich die Kommandozentrale der südlichen Streitkräfte der russischen Armee. Eine Szene mit Symbolkraft, bedenkt man, mit welcher Leichtigkeit es vollbracht werden konnte auf das Terrain einer Stadt vorzudringen, die nach anderthalb Jahren Krieg gegen die Ukraine einem Hochsicherheitstrakt ähneln müsste; Rostow ist von der ukrainischen Grenze gerade mal gut 100 Kilometer entfernt.

Prigoschin ist ein hausgemachtes Problem, das Putin nicht mehr mit seinen herkömmlichen Mitteln steuern konnte, die Privatarmee war seinem Machtapparat entwachsen.

Prigoschins Vabanquespiel mag zwar als Nebeneffekt Sympathien in der Bevölkerung für die Wagner-Truppen offenbart haben, doch liegt die Vermutung nahe, dass es darauf angelegt war, Teile der Armee auf seine Seite zu ziehen, um mit der Armeeführung abzurechnen. Er schien, wie an der Passivität der russischen Streitkräfte während seines Vormarschs zu sehen, nicht ganz unberechtigt auf einen gewissen Rückhalt zumindest im Offizierskorps spekuliert haben. Denn dort finden sich relevante Kräfte, die ihre Karriere weder Schojgu noch Gerassimow zu verdanken haben und – dem Washingtoner Think Tank „Carnegie Endowment for International Peace“ zufolge – hinter vorgehaltener Hand die Unprofessionalität der Armeeführung kritisieren.

Unzufriedene Angehörige der Streitkräfte sprach Prigoschin offenbar auch an, als er am Tag vor seiner Offensive eine halbstündige Videobotschaft veröffentlichte. Darin widersprach er dem offiziell vorgebrachten Kriegsgrund einer vermeintlichen Denazifizierung der Ukraine und stellte den Krieg de facto als Feldzug zur Ab-

für 2024 geplanten diesbezüglichen Referendum.

Bereits im Juli 2022 hatten sich Vertreter*innen der USA, der EU, Großbritanniens, Japans und Südkoreas in der Schweiz zu einer so genannten „Ukraine Recovery Conference“ getroffen. Ziel war es, die Deregulierung des Landes, eine Energie-, Steuer- und Zollreform sowie die Privatisierung der staatlichen Unternehmen voranzutreiben. Am 21. und 22. Juni 2023 fand in London nun eine weitere Recovery-Conference statt, um den Druck auf die Ukraine zu erhöhen.

Eine breite Kampagne zur Streichung der Auslandsschulden der Ukraine würde einen Weg für einen selbstbestimmten Wiederaufbau des Landes öffnen.

Dieses Mal jedoch gab es auch eine Gegenkonferenz, organisiert von der britischen „Ukraine Solidarity Campaign“ (ukrainesolidaritycampaign.org) mit Unterstützung des „Europäischen Netzwerkes für die Solidarität mit der Ukraine“ (ENSU). Unter dem Titel „Eine andere Ukraine ist möglich“ fanden am 17. Juni 2023 Anhörungen und Diskussionen mit ukrainischen und britischen Sozialaktivisten*innen, Akademiker*innen, Gewerkschafter*innen sowie Parlamentarier*innen statt. Es ging um Schlüsselfragen des ukrainischen Kampfes für Freiheit und Wiederaufbau sowie um die wirtschaftliche, soziale und ökologische Erholung der Ukraine von den Folgen des Krieges. Ein zentrales Anliegen dabei ist die Streichung der ukrainischen Auslandsschulden, eine Forderung, die es durch eine internationale Kampagne zu unterstützen gilt. Nur durch die Kündigung der illegitimen Schulden können

die Ukraine und die dort lebenden und arbeitenden Menschen aus dem Würgegriff der Geier befreit werden.

In diesem Sinne kämpfen die ukrainische Linke und Gewerkschaften derzeit an zwei Fronten: einerseits gegen die russische Aggression und andererseits gegen die von der Selenskyj-Regierung mitgetragene neoliberale Politik von Gläubigern und IWF. Eine konsequente Unterstützung der ukrainischen Linken und Gewerkschaften in diesem doppelten Kampf durch die westlichen sozialen Bewegungen und sozialistische Linke wäre ein für beide Seiten wechselseitig interessanter und fruchtbarer Prozess.

Einerseits wäre dies eine gemeinsame Mobilisierung für den Stopp der Bombardierungen durch Russland und den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine zur schnellstmöglichen Beendigung dieses Krieges. Andererseits würde eine breite Kampagne zur Streichung der Auslandsschulden der Ukraine den Weg für einen selbstbestimmten Wiederaufbau des Landes im Interesse der vielen, nicht der wenigen öffnen. Die ukrainischen Linken und Gewerkschaften würden gleichermaßen gegen die neoliberale und arbeitgeberfeindliche Politik der Selenskyj-Regierung wie auch gegen das Vorhaben von EU, USA, IWF und Weltbank zur Ausbeutung des kriegsgeschädigten Landes unterstützt. Ein Wiederaufbau der Ukraine mit starkem Arbeitsrecht, umfassenden öffentlichen Dienstleistungen und Grundversorgung, würde nicht nur Geflüchtete zur Rückkehr in ihr Land motivieren, sondern wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der internationalen Arbeiterbewegung insgesamt.

Wird wohl ein Symbolbild das abgeblasenen Wagner-Aufstands werden: Ein von Jewgenij Prigoschins Söldnern gefahrener Panzer steckt in der Torausfahrt des lokalen Staatszirkus in Rostow am Don fest.

sicherung materieller Interessen einer gierigen Herrscherclique dar, die gegen nationale Interessen agiere. Bei seiner Schimpftirade verschonte er allerdings Präsident Wladimir Putin und wetterte vielmehr gegen die Armeeführung.

Obwohl er keine Gelegenheit auslässt, die Verdienste seiner Wagner-Söldner zu loben, stellt sich Prigoschin keineswegs gegen die gesamten Streitkräfte, sondern sucht dort nach Bündnispartnern. Prigoschin nimmt es mit der Wahrheit nicht genau, wenn er über die Kampfkraft der Armee spricht: Russlands Truppen hätten Prigoschin zufolge derzeit hohe Gebietsverluste zu verzeichnen, dabei kommt die ukrainische Armee bei ihrer Offensive langsamer voran als gedacht.

Seit längerer Zeit schwelt ein Konflikt zwischen Prigoschin und der Armeeführung, den der Wagner-Chef seit der langwierigen Einnahme der dabei völlig zerstörten Stadt Bachmut in die Öffentlichkeit trägt. Zunächst ließ er verlauten, der Generalstab liefere seinen Truppen zu wenig Munition. Aber die Konflikte liegen tiefer. Prigoschins Eigenmächtigkeit und Unkalkulierbarkeit machten ihn trotz seiner bisherigen Nützlichkeit als Mann fürs Grobe zu einem wachsenden Risiko. Aus Russlands Staatsmedien wird er längst so weit wie möglich herausgehalten. Der jüngste Versuch, ihn an die Kandare zu nehmen, könnte der Auslöser für seinen Aufstand gewesen sein, denn für Prigoschin steht die Existenz auf dem Spiel.

Anfang Juni erteilte das Verteidigungsministerium die Anweisung, dass innerhalb eines Monats alle nicht in die regulären Streitkräfte integrierten Kampfverbände einen Vertrag mit dem Ministerium zu unterzeichnen hätten, was rund 40 Gruppierungen betrifft. Während andere sich der Vorgabe fügten, erteilte Prigoschin diesem Vorgehen eine demonstrative Absage. Trotzdem sei eine Einigung mit dem Verteidigungsministerium möglich gewesen, aber nur bis zu dem Zeitpunkt, als dieses veranlasst habe, Wagner-Stellungen anzugreifen, sagte Prigoschin Freitagabend. Dabei seien 30 seiner Kämpfer ums Leben gekommen – Beweise dafür bleibt er schuldig.

Die Idee, eine Privatarmee für delicate Einsätze im Ausland zu gründen, wie in Syrien und auf dem afrikanischen Kontinent, stammte aus dem Generalstab noch aus Zeiten vor der



FOTO: EPA-EFE/STRINGER

Ernennung Gerassimows zum Generalstabschef. Sie im rechtsfreien Raum agieren zu lassen – bis heute gibt es in Russland keine gesetzliche Grundlage für Einsätze privater Söldnerarmeen –, war bislang Bestandteil des Konzepts, das sich nun wohl als Fehler entpuppte.

Putin offenbarte Schwächen, indem er von seinem Prinzip abwich, mit „Verrätern“ kurzen Prozess zu machen.

Prigoschin ist ein hausgemachtes Problem, das Putin nicht mehr mit seinen herkömmlichen Mitteln steuern konnte. Prigoschins Privatarmee war seinem Machtapparat entwachsen. Nikolaj Patruschews Aufgabe als Sekretär des Sicherheitsrats der Russischen Föderation wäre es gewesen, für reibungslose Abläufe zwischen der Wagner-Gruppe und der Armee zu sorgen. Sein Versagen liegt auf der Hand. Schojgu verschwand über mehrere Tage von der Bildfläche, bis er am Montag wieder im Fernsehen zu sehen war. Fernsehpropagandisten waren verstummt, eine Reihe Angehöriger des Führungspersonals, einschließlich Patruschew und des Leiters des Inlandsgeheimdiensts FSB, Aleksandr Bortnikow, schwiegen ebenfalls abwartend.

Russlands Gouverneure beeilten sich zwar, ihre Loyalität zum Präsidenten zu bekunden, aber da sie weder

über große politische Kompetenzen noch über Einfluss in den Streitkräften verfügen, bedeutet ihr Verhalten nicht mehr als eine Formalität. Das auf den russischen Sicherheitsapparat spezialisierte Rechercheportal „Agentura.ru“ berichtete, dass sich die FSB-Angehörigen in Rostow in ihren Räumen verbarrikadiert hätten. Ratlosigkeit auf ganzer Linie.

Putin selbst offenbarte Schwächen, indem er von seinem Prinzip abwich, mit „Verrätern“ – so bezeichnete er die rebellierenden Wagner-Söldner am Samstagnachmittag – kurzen Prozess zu machen. Gut möglich, dass Prigoschin Glück hat, noch am Leben zu sein. Am Ende steht ein Kompromiss, der Fragen aufwirft. Offiziell hat ihn der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko ausgehandelt: Prigoschin und alle Wagner-Angehörigen, die nicht bereit sind, sich in die reguläre Armee eingliedern zu lassen, haben angeblich freies Geleit nach Belarus. Was sie dort erwarten könnte, ist ebenso offen wie die Frage, ob es zu einem strafrechtlichen Nachspiel wegen der Tötung der Besatzungen der abgeschossenen Hubschrauber- und Transportflugzeuge kommen wird – wohl eher nicht, wie es aus dem Kreml am Dienstag verlautete.

Kreml-Pressesprecher Dmitrij Peskow hatte bereits am Samstagabend von Straffreiheit für Prigoschin gesprochen. Am Dienstag meldete die russische staatliche Nachrichtenagentur Tass unter Berufung auf den Inlandsgeheimdienst FSB, dass das am Freitag gegen Prigoschin eingeleitete Strafverfahren wegen Aufrufs zu einem

bewaffneten Aufstand angesichts des Endes der „kriminellen Handlungen“ am 24. Juni doch eingestellt worden sei. Zuletzt meldete Prigoschin sich am Montag mit einer Audionachricht auf seinem Telegram-Kanal, in der er beteuerte, seine Aktion sei nichts als Protest gewesen, keinesfalls eine versuchte Machtübernahme. Am Dienstag hatte Lukaschenko der britischen Tageszeitung „Guardian“ zufolge der staatlichen Nachrichtenagentur „Belta“ bestätigt, dass Prigoschin in Belarus angekommen sei.

Putin und Lukaschenko hatten seit Ende vergangener Woche mehrmals miteinander telefoniert. Dass der belarussische Präsident sich gerne als Krisenvermittler inszeniert, ist bekannt, ob er aber tatsächlich aus eigener Initiative Prigoschin und seine aufständischen Söldner bei sich aufnimmt, ist fraglich. In die Gespräche soll Aleksej Djumin, Gouverneur der Oblast Tula und ehemaliger stellvertretender Sicherheitschef von Putins Leibgarde, involviert gewesen sein, berichteten russische Telegram-Kanäle. Djumins Pressestelle dementierte das später. Seit geraumer Zeit fällt sein Name in unabhängigen Medien und Blogs als möglicher Nachfolger Putins und nun als Kandidat zur Ablösung von Schojgu.

In einer kurzen Ansprache resümierte Putin am Montag, dass dank des geschlossenen Auftretens praktisch der gesamten russischen Gesellschaft alles glimpflich ausgegangen sei. Er mühte sich ab, zu zeigen, dass der Staat am Ende doch die Oberhand behalten hat.